

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,- M., bei andern Postbezugs monatlich 4,65 M., bei Zustellung unter Fernschluß für Deutschland 6,50 M., für Ausland 7,50 M., per Brief 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Druckerei: Die „Freiheit“ Druckerei, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckereibesitzer: Herrmann. Druckereivorstand: Herrmann. Druckereivorstand: Herrmann. Druckereivorstand: Herrmann.

Verleger: Herrmann. Verleger: Herrmann. Verleger: Herrmann. Verleger: Herrmann.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zweideutiges Spiel.

Bedingte Ablehnung der Blockade Rußlands.

Berlin, 30. Oktober.

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Antwortnote überreichen lassen:

Auf die kaiserliche Note Nr. 1949 G vom 25. Oktober lautet die deutsche Regierung nachfolgendermaßen zu antworten:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die eine Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaftlichen aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerbittliche kommunistische Bewegungen erlitten und mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über die Ursachen und die Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erfahrungen zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuwirken, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Rußland den gewünschten Zweck nicht zu entfremden können.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihrer ganzen Schärfe gespürt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder und Greise, Frauen und Kranke, also an der Kriegsführung Unbeteiligte, in grausamster Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die Volksgesundheit der Bevölkerung in zusehendem Maße gewirkt und die anarchohässlichen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es sieht zu beklagen, daß sich diese Erfahrungen in Rußland wiederholen würden. Zwangsmaßnahmen von außen gelten in Rußland immer als Werkzeuge der Reaktion, die von den demokratischen Elementen des Landes bekanntlich noch mehr gescheut wird als der Bolschewismus. Es werden gerade die demokratischen Kräfte, das stärkste Element im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und gelähmt.

Die antibolschewistische Strömung, die sich hier in der Arbeiterklasse hinein erstreckt, ist es nach außen hin von Interesse, wird nicht durch wirtschaftliche Absperrung, sondern vielmehr dadurch gefördert, daß sich der handelsverbindende russische Sozialismus die Möglichkeit auf baldige Hilfe eröffnet. Nur von der Wiederherstellung der für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakte mit den anderen Völkern läßt sich eine Angleichung des politischen Lebens in Rußland an die europäischen Demokratien erwarten. Hieran kommt, daß sowohl nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen als auch insbesondere nach der Satzung des künftigen Völkerbundes im vorliegenden Falle die Strafbestimmungen für die Verhängung einer wirtschaftlichen Blockade nicht greifen können.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung noch wie vor die von ihr vertretenen Politik der Nichtanerkennung in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht nur für grundsätzlich berechtigt, sondern auch für tatsächlich zweckdienlich. Daraus leitet sich auch der Wunsch ab, daß die Beteiligung Deutschlands an dem von den alliierten und assoziierten Regierungen geplanten Vorhaben nach Lage der Verhältnisse kaum von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein würde, so Rußland zur See von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande keine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach Aufhebung des Friedens nicht mehr bestehen wird.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an einer Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren weitestgehende Bedeutung sie während der Zeit, zu beteiligen. Sie wird sich allen ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen.

Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, zu erklären, daß sie sich nicht vorstellen kann, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann ersprießlich sein könnte, wenn auch der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen auch die Achtung und loyale Anerkennung der gegenseitigen Rechte gefolgt ist. Daß diese Voraussetzung vorliegt, kann aber so lange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblicke, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an einer Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockademaßregeln zu verhängen.

Der Wortlaut der obenstehenden Antwortnote an die Entente ist nicht davon, daß man den Regierungen der Entente die gemachten oder ungemachten Zweideutigkeiten erklären könnte. Sie hat zwar die Behauptung an-

der Blockade Rußlands unter Hinweis auf den Grundsatz der Nichtanerkennung in die inneren Angelegenheiten Rußlands abgelehnt. Sie hat auch manches richtige Wort zur Begründung dieser Ablehnung und zur Kennzeichnung der ebenso unanständigen wie barbarischen Maßnahme der Hungerblockade gefunden. Sie hat aber zugleich durch ihren Hinweis auf die erlangenen Erfolge im Kampfe gegen die Arbeiterklasse, wie durch ihre Bereitwilligkeit, an einer „Aussprache“ über gemeinsame Maßnahmen zum „Schutz gegen den Bolschewismus“ teilzunehmen, nach außen hin den Eindruck erweckt, daß sie einer „Verständigung“ über einen gemeinsamen Kampf gegen Sowjetrußland grundsätzlich nicht abgeneigt wäre. Die Note deutet zum Schluß ziemlich offen an, unter welchen Bedingungen die deutsche Regierung für eine solche „Verständigung“ zu haben wäre: sie spricht von der Notwendigkeit der „Achtung und loyalen Anerkennung der gegenseitigen Rechte“, das bedeutet mit anderen Worten, die Forderung der Gleichberechtigung Deutschlands bei etwaigen Maßnahmen gegen Sowjetrußland. Unter diesen Bedingungen dürfte also die Regierung nicht abgeneigt sein, den Handel abzusperren, vorausgesetzt natürlich, daß sie dabei eine entsprechende Kompensation herausbekommt.

Gegen dieses Hintertreiben, das die Regierung in diesen verlausulierten Erklärungen sich geschaffen hat, muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes will weder von einer Blockade Rußlands noch von irgend-einer anderen Maßnahme militärischer, politischer oder wirtschaftlicher Natur, die sich gegen irgendeinen anderen Staat richtet, etwas wissen. Es hat genug an dem Elend der fünf Kriegsjahre, es will jetzt in Frieden und Freundlichkeit mit allen Völkern leben. Es will vor allem nichts davon wissen, in den Feldzug des internationalen Kapitalismus gegen Rußland hineingezogen zu werden, und wird deshalb sicherlich die Zweideutigkeit verurteilen, die die Regierung in ihre Antwortnote an die Entente hineingetragen hat.

Endlich!

Berlin, 30. Oktober.

Die Reichsregierung hat in der heutigen Kabinettsitzung mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher ungenügend sind und das Verhalten zahlreicher Truppenteile zu den schärfsten Maßnahmen zwingt, den Befehl erteilt, daß sämtliche Truppen, die nicht bis zum 11. November die deutsche Grenze passiert haben, als fahnenflüchtig erklärt werden. Sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch selbstverständlich alle Verjährungsansprüche.

Deutsche Seeleute verwelkern die Unterföhrung Judenitags.

I. U. 2292 d. 30. Oktober.

Die deutsche Mannschaft des Dampfers „Gisela“, der mit Material für General Gubewitsch von Riga nach Kowno bestimmt war, wendete sich, das Schiff kurz vor Kowno zu liegen, solange nicht die Gabe erteilt worden wäre, daß das Schiff nach Deutschland zurückkehren könne. Darauf antwortete die Admiralität in London telegraphisch, daß die Rückkehr des Dampfers nach einem deutschen Hafen zugesichert würde und möglichst schneller Verbringung in der Kowale des Schiffes, dessen Ladung bringend nötig wäre, einzusetzen soll.

Keine neuen Steuern in England.

H. N. London, 30. Oktober.

Der britische Schatzkanzler erklärte im Unterhause bei der Behandlung des Jahresbudgets, daß die Lage sich wesentlich gebessert hätte, aber doch noch nicht so gut sei, wie er anfangs hoffte. Die Einkünfte aus den Steuern hätten sich erhöht. Die Einnahmen aus Zee und Land hätten größere Summen eingebracht, von der Post wären 4 Millionen Pfund Sterling mehr eingenommen als man glaubte. Im nächsten Finanzjahr würden wohl keine neuen Steuern notwendig sein. Gegenüber dieser Erklärung der Einkünfte stehe auch eine Vergrößerung der Ausgaben um 133 Millionen Pfund Sterling. Darunter befindet sich ein Posten von 25 Millionen Pfund Sterling, die an die Alliierten zu zahlen sind. Die Einnahme für einen großen Teil der anderen Ausgaben werden der Minister u. a. auf die Vergrößerung der Einkünfte und der Zölle an-

Herr von Bethmann hat das Wort.

Von Rudolf Breitscheid.

Seit wird Herr von Bethmann Hollweg als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheinen. Die Verhandlungen waren etwa eine Woche lang ausgesetzt, um dem ehemaligen Reichskanzler Gelegenheit zu geben, sich durch ein nochmaliges genaues Studium der Akten auf seine Vernehmung vorzubereiten. Seine Aussagen werden für die weitere Aufklärung der Begleitumstände der Wilsonschen Friedensaktion von 1918 von großer Bedeutung sein, vor noch größerer oder für die Beurteilung seines eigenen Verhaltens.

Nach den Bekundungen des Grafen Bernstorff trägt die deutsche Regierung die Verantwortung dafür, daß die ehrsüchtig gestimmten und erfolgversprechenden Bemühungen des amerikanischen Präsidenten vereitelt worden sind. Es wird nun festzustellen sein, ob und in welchem Maße Bethmann der Schuldige ist, ob Einseitigkeit oder böser Wille sein Handeln bestimmten, oder ob schwächliches Zurückweichen vor den Wünschen der Obersten Seeresleitung ihn auf solche Bahnen abgelenkt hat.

Wiederholen wir noch einmal: Im Herbst 1918 wird der deutsche Botschafter in Washington von Berlin aus wiederholt aufgefordert, Wilson zu einem Friedensvertrag zu ermuntern.

In den ersten Tagen des September fragt der Kommandant bei Bernstorff an, ob angesichts der militärischen Lage eine Vermittlung Wilsons wohl erfolgreich sein werde, wenn Deutschland sich zur bedingten Wiederherstellung Belgiens verpflichte.

Am 26. September ergeht eine Instruktion Bethmanns an Bernstorff, in der es heißt, die Marine wünsche den unbeschränkten U-Boottkrieg, die Gesamtlage aber würde durch ein Angebot Wilsons, das in Deutschland auf ernsthafte Berücksichtigung rechnen könne, zu ändern sein.

Am 8. Oktober folgt ein Memorandum des Kaisers, das eine Verschleppung der Friedensbemühungen bezweckt.

Fünf Tage später, am 14. Oktober, ersucht der Reichskanzler den Botschafter auf neue, Wilson nach wie vor in seinen Vermittlungsbestrebungen zu ermuntern.

Am 20. November schreibt Jagow persönlich an Bernstorff — natürlich in Übereinstimmung mit dem leitenden Staatssekretär —, man stehe nach wie vor den Versuchen des Präsidenten freundlich gegenüber, allerdings dürften sie nicht auf die Formulierung bestimmter Friedensbedingungen hinauslaufen.

Der so eifrig Bemühte erfüllt seine Pflicht und legt durch seinen Mittelsmann das Haupt der Vereinigten Staaten von den Wünschen Berlins in Kenntnis. Am 24. November kann er die nach seiner Überzeugung erfreuliche Mitteilung nach Hause gelangen lassen, daß Wilson nach vor New York aus seiner Reise herausgetreten werde.

Wohlgemerkt zuvor war er zwar schon in Kenntnis gesetzt worden, daß am 18. Oktober in Wetzlar in einer Konferenz zwischen Bethmann und dem österreichischen Minister des Auswärtigen der Beschluß zu einem eigenen Friedensangebot der Mittelmächte gefaßt worden war, weil der Krieg militärisch doch nicht zu beenden sei, aber er dürfte nach allem annehmen, daß es sich hier um einen War-hamble, der nur für den Fall einer Weigerung Wilsons zur Ausführung gelangen sollte. Er setzte seine Bemühungen in Washington fort, um so mehr, als ihn am 26. November der Staatssekretär Zimmermann dahin instruierte, daß Deutschland den Schritt Wilsons einem eigenen vorgezogen würde.

Trotzdem ging am 12. Dezember das Friedensangebot der Mittelmächte hinaus, das Bernstorff in seiner Vernehmung das eine Mal eine Erklärung, das andere Mal eine Gefährdung der amerikanischen Aktion nannte. Diese erfolgte dann am 21. Dezember und gab sich bekanntlich in dem Wunsch, die kriegführenden Mächte möchten ihre Friedensbedingungen veröffentlichen. Die deutsche Antwortnote vom 23. Dezember enthält diese Friedensbedingungen nicht, und Bernstorff wird aufgefordert, diese Frage bilateral (hinausgehend) zu behandeln. In der Überzeugung, daß man in Berlin von den Wünschen Wilsons immer noch Gebrauch machen würde, und zunächst ohne Kenntnis von der am 9. Januar gefaßten Entschcheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boottkrieges, arbeitet er in der alten Richtung weiter.

Am 29. Januar werden ihm endlich vertraulich die Bedingungen mitgeteilt, die Deutschland gestellt haben würde, wenn die Entente auf das Friedensangebot der Mittelmächte eingegangen wäre. Das Friedensangebot ist ein solches, das auf die gleiche Weise der U-Boottkrieg nicht abgelehnt, der in Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Einigkeit Amerikas in den Krieg bedeutet.

Eine Fülle von Fragen tut sich auf. Zunächst: Was hat den Herrn von Bethmann b. stimmt, dem von ihm selbst so dringend gemeinschaftlichen Friedensschritt Wilsons durch ein einseitiges Friedensangebot zuvorkommen? Es liegt hier der dringende Verdacht vor, daß man die Ablehnung dieses Angebotes nicht nur erwartete, sondern wünschte. Mit der Weigerung der Entente in der Hand glaubte man gegenüber dem amerikanischen Eruchen vor dem eigenen Volk eine günstigere Position zu haben. Unter Verweisung auf den soeben festgestellten Kriegswillen Frankreichs, Englands und Rußlands war es leichter, dem Präsidenten eine ausweichende Antwort zu geben und so gleichzeitig den rücksichtslosen U-Bootkrieg vorzubereiten.

Wir sind gewohnt, ob es Bethmann gelingen wird, diesen Verdacht zu zerstreuen. Wir sind gewohnt, von ihm zu erfahren, welchen Einfluß die Männer der Obersten Heeresleitung auf die Entscheidungen der Regierung ausgeübt haben.

Nicht minder wichtig ist die Beantwortung der Frage, warum die Bekanntgabe der Friedensbedingungen dilatorisch behandelt werden sollte. Die starke Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Regierung sich um eine klare Auskunft über das Schicksal Belgiens drücken wollte. Sie kannte sehr genau die amerikanischen Ansichten über das belgische Problem. Sie wußte, daß in den Vereinigten Staaten sowohl wie bei der Entente der Wille zur politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung Belgiens als unerlässliche Vorbedingung jeglicher Friedensverhandlungen galt. Diesen Willen aber ließ man in Berlin nicht. Man listete im besten Falle, wie aus der erwähnten Anfrage Bethmanns hervorgeht, mit einer bedingten Wiederentmachung des begangenen Unrechtes, und unsere Nachbarn waren keinem Frieden geneigt, der sie zu einem völligen Verzicht auf das Land genötigt hätte, dessen Neutralität von ihnen schände gebrochen worden war.

Wenn es dazu noch eines Beweises bedürfte, so liegt er in dem Umstand, daß sie die Mitteilung einer neutralen Note, monach für den Fall der deutschen Bereitwilligkeit zur Wiederherstellung Belgiens bei der Entente Neigung zu Verhandlungen bestand, ganz unberücksichtigt gelassen hat. Nur Sache wird in diesem Punkt die Bethmannsche Anklage kaum neue Momente bringen können. Hier wird es sich nur um die Feststellung handeln, wie weit er eigene Politik getrieben hat, und wie weit er willensloses Werkzeuge Ludendorffs und seiner Clique gewesen ist.

Erörtert werden muß dann noch das prozedente und hinterhältige Verhalten Deutschlands während des Monats Januar, das in der gleichzeitigen Uebermittlung der angeblichen Friedensbedingungen und der U-Bootentscheidung auslief. Wie saßen angebliche Friedensbedingungen, weil es im unklaren gelassen wurde, ob die Bedingungen, die Deutschland eventuell im Dezember gestellt hätte, auch am 29. Januar noch galten, und weil es außerdem so gut wie sicher ist, daß das dem Grafen Bernstorff überreichte Dokument in den Einzelheiten nicht mit den Formulierungen übereinstimmte, die vor dem Erlaß des deutschen Friedensangebotes durch die Verhandlungen zwischen den Staatsmännern und der Obersten Heeresleitung zustande gekommen waren.

Bei der Gelegenheit mag der ehemalige Reichskanzler auch noch einem Schreiben gefragt werden, das er in den letzten Tagen des Januar durch den Botschafter dem amerikanischen Präsidenten überreichen lassen wollte, und das in einem schreienden Widerspruch zu jenen Plänen stand, die durch die berühmte Mexiko-Depesche des Herrn Zimmermann an die Öffentlichkeit kamen. Ob dieses Schreiben tatsächlich existiert, ist noch nicht sicher. Die ausländische Presse aber hat davon geredet, und wir müssen Klarheit haben.

Best steht dafür die törichte Ausflucht, mit der Bethmann das letzte Angebot Wilsons, das Bernstorff am 24. oder 25. Januar nach Berlin übermittelt hatte, beantwortete: Willens Bemühungen können jetzt zu spät, da sich die Befehle an die U-Bootkommandanten nicht mehr rückgängig machen lassen. Wie konnte er von einem so späten Angebot reden, nachdem er auf das frühere einen ausweichenden Bescheid erteilt hatte? Wie konnte er einem ernstigen Menschen die technische Unmöglichkeit der Wiedereinstellung des U-Bootkrieges weisen wollen?

Der frühere Reichskanzler tritt vor den Untersuchungs-ausschuss in der Eigenschaft eines Zeugen. Aber diese Rolle wird sich bald in die eines Angeklagten wandeln, der um seinen politischen Ruf kämpft. Ist er klug, so wird er der Obersten Heeresleitung die Verantwortung zuschieben, die ihr gebührt. Aber auch dann noch wird der Vorwurf der Schwäche an ihm haften bleiben. Und Schwäche war, wie die Dinge gelehrt haben, kaum ein geringeres Verbrechen als der Wille zur bösen Tat.

Wie wir erfahren, besteht die Absicht, daß in der heutigen Sitzung nur Bethmann Sollweg zu einer zusammenfassenden Darstellung seiner Politik zu Worte kommen soll. Man will dann die Verhandlungen bis nächsten Mittwoch vertagen. Wie hatten diesen Arbeitsplan aus verschiedenen Gründen für bedenklich.

Die Reichshaushaltsrechnung.

Aus dem Abschluß des Reichshaushalts sind folgende Angaben bemerkenswert:

Der ordentliche Haushalt balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 9012 914 000 M., während der außerordentliche mit einer Einnahme von 87 488 282 000 M., dagegen mit einer Ausgabe von 89 597 138 000 M., also mit einer Mehrausgabe von 2520 Millionen abschließt. Der ordentliche Haushalt hätte mit einem Beitrage von 419 Millionen abgeschlossen, wenn nicht Beding aus der außerordentlichen Kriegsausgabe von 1010 möglich gewesen wäre. Diese hat 639,8 Millionen ergeben.

Die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Abgaben einschließlich der mit 2875 Millionen angelegten neuen Kriegssteuern, aber ausschließlich der erwähnten 639,8 Millionen haben einen Anfall von 678 Millionen ergeben. Die Kriegsausgabe 1918 ist mit dem vollen veranschlagten Betrag von 1800 Millionen angelegt, auf welche vor 1917 Millionen eingegangen waren. Der Nettobetrag ist im laufenden Jahr nicht nur eingegangen, sondern durch eine Einnahme bis Ende August von 693 Millionen erheblich überholt.

Auf die mit dem Gesamtbetrag von 2875 Millionen angelegten neuen Kriegssteuern sind 2306 Millionen eingegangen, also 568 Millionen weniger.

Die Militärkassatur in Bayern.

Revolutionsfeiern unter militärischer Aufsicht.

Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 4 in München, Generalmajor Mähl, hat einen Befehl erlassen, wie die bayerischen Arbeiter ihren Revolutionsfeierabend zu begehen haben. Er stellt sich das folgendermaßen vor:

Anläßlich der Jahrestage der Revolution dürfen Versammlungen und Feiern nur am 9. November abgehalten werden. Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Umzüge, Feiern auf Freizeitanlagen sind auch an diesen Tagen ausgeschlossen. Die geplanten Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen der vorherigen Genehmigung auf Grund der bisherigen Kriegszustandsbestimmungen. Sie sind aus Gründen der öffentlichen Sicherheit in den Vormittagsstunden abzuhalten. Ein würdiger Verlauf ist sicherzustellen, alle Diskussionsredner sind auszuschließen. Die Versammlungsleiter sind dafür verantwortlich, daß die angemessenen Teilnehmerzahlen nicht überschritten werden. Die Zahl der großen Versammlungen wird auf bestimmtes Maß eingeschränkt werden. Von den Gewerkschaften in München einberufene Versammlungen sind in der Zeit vom 1. bis 10. November ebenfalls ermächtigungspflichtig.

Der Oberbefehlshaber,
ges. Mähl, Generalmajor.

Dieser anmaßende Befehl hat unter der Münchener Arbeiterklasse große Erregung hervorgerufen. Unser Münchener Parteiblatt, der „Kampf“, sieht in dem Befehl ein Beispiel unausstehbarer militärischer Arroganz und verlangt, daß Mähl von seinem Posten entfernt werde. Der Ausschuß der Münchener Betriebsräte forderte die sofortige Zurückziehung des Erlasses, die gleiche Forderung hat der Vorstand der rechtssozialistischen Partei erhoben. Der Erlaß ist jedenfalls ein sprechendes Dokument dafür, wie stark die militärische Reaktion unter der Herrschaft der regierenden Rechtssozialisten geworden ist.

Die Ostseesperre.

Die deutsche Regierung hat in Paris eine Note überreichen lassen, in der sie die Schwierigkeiten schildert, die durch die Spernung der Ostsee, als Folge der Entente-Note vom 10. Oktober, entstanden sind. Schifffahrt und Fischfang in der Ostsee sind schwer geschädigt worden, auch hat die Spernung der Küstengewässer in Königsberg bereits zur Einstellung des Betriebes des Elektrizitätswerkes geführt. Es heißt dann in der Note weiter:

Die deutsche Regierung hat in ihren Notizen, insbesondere in denen vom 8. und 16. Oktober zur Frage der Räumung des Baltikums den Nachweis erbracht, daß sie mit allen Mitteln bestrebt ist, den Abzug ihrer Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen mit größter Eile durchzuführen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note vom 10. Oktober die Zweckmäßigkeit der diesbezüglichen von der deutschen Regierung eingeschlagenen Maßnahmen ausdrücklich anerkannt. Auch haben sie den Vorschlag angenommen, alliierte Vertreter zu entsenden, um von den getroffenen Maßnahmen nähere Kenntnis zu nehmen und etwaigenfalls anderweitige Vorschläge zu machen. Indem die deutsche Regierung im Übrigen auf ihre Stellungnahme im einzelnen in der Note vom 16. Oktober Bezug nimmt, weist sie darauf hin, daß an den Unternehmungen bei Riga, die als äusserer Anlaß für die Maßnahme der internationalen Marinekommission angeführt worden sind, die deutschen militärischen Stellen unbeteiligt sind. Sofern etwa unter westfälischem Befehl befindliche deutsche Truppen davon teilgenommen haben sollten, kann die deutsche Regierung nur wiederholen, daß sie hiervon alles beabsichtigt hat, um dies zu verhindern. Wenn trotz dieser Sachlage eine Sperre gegen die deutsche Schifffahrt und weite deutsche Küstengebiete verhängt und dabei sogar zeitweise über die nach anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen Deutschland zugehörige Gebietsteile über seine Küstengewässer hinweggezogen wurde, so muß die deutsche Regierung gegen diese unredlichen Verengungsmaßnahmen, durch die zahllose an den Vorgängen im Baltikum hauptsächlich unbeteiligte Deutsche schwer geschädigt werden, nunmehr feierlich vor aller Welt Verwahrung einlegen.

Die deutsche Regierung hat von ihrer Mitteilung vom 27. Kenntnis genommen, daß die internationalisierte Marine-Waffenstillstandskommission angewiesen worden ist, alle Maßnahmen zu treffen, um den hiesigen Bestimmungen, die sich betriebsmäßig auf Fischerei und sonstige kleine Fahrzeuge beschränkt haben, zu entsprechen. Sie muß jedoch feststellen, daß bisher, abgesehen von dem eingangs erwähnten Anspruch vom 28. und der auf besondere Anfrage erfolgten Wiedergewährung der Munitionsmaterialien, den zugehörigen deutschen Stellen von der genannten Marinekommission keinerlei Mitteilungen weder hinsichtlich der in ihrer Note vom 27. besonders erwähnten Fischerei noch hinsichtlich der nicht erwähnten Zufuhren aus den neutralen Ländern zugegangen sind. Andererseits vermag die deutsche Regierung, worauf von der deutschen Friedensdelegation von vornherein hingewiesen worden ist, irgendwelche militärischen Gründe für den Fortbestand der bestehenden Einschränkungen nicht zu erkennen. Höchstens für eine Abspernung der Küste von der deutschen Grenze bis zur schließlichen Grenze Finnlands, nicht aber für die Stilllegung der gesamten deutschen Ostseeschifffahrt außerhalb der deutschen Küstengewässer könnten Gründe militärischer Art angewendet werden. Die deutsche Regierung ersucht daher die alliierten und assoziierten Regierungen nochmals dringend, die Maßnahme, die bei ihrer Anordnung ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet worden ist, nunmehr völlig aufzuheben und Anordnungen zu treffen, daß alle festgehaltenen Schiffe, die sich zur Zeit ihrer Festhaltung in Unkenntnis der angeordneten Spernung befinden haben, ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

Man kann nicht gerade behaupten, daß die Regierung in der obenstehenden Note den richtigen Ton getroffen und die Tatsachen wahrheitsgetreu wiedergegeben habe. Der Hinweis auf die Entente-Note vom 10. Oktober ist irreführend, da gerade in dieser Note mit aller Klarheit ausgeführt worden ist, aus welchem Grunde die Entente den Zufuhren der deutschen Regierung über die Räumung Rußlands keinen Glauben schenken konnte. In dieser Note wurde allerdings Deutschland die Konzession gemacht, daß sich eine Kommission nach dem Baltikum begeben werde, um den Abtransport zu kontrollieren. Diese Kommission ist

bisher noch nicht nach dem Baltikum gereist und die Entente, die die Dinge dort inzwischen genommen haben, machte es nicht gerade glaubhaft, daß an dem ganzen Abenteurer deutsche militärische Stellen „unbeteiligt“ seien und daß die Regierung alles versucht habe, den Uebertritt deutscher Truppen unter das Kommando des Ueberhauptmanns Krawlow zu verhindern. Unter diesen Umständen, die der ganzen Welt zur Genüge bekannt sind, dürfte es wohl nur geringen Eindruck machen, wenn die Regierung nunmehr gegen die Maßnahmen der Entente „feierlich vor aller Welt Verwahrung“ einlegt.

Im übrigen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der Note die Angelegenheit über Gebühr aufgebauscht wird, denn, wie in einem Nachtrag zur Note mitgeteilt wird, heißt es in der Mitteilung Clemenceaus vom 27. Oktober:

„Die alliierten und assoziierten Mächte haben ihre Vorstellungen hinsichtlich der Schifffahrt der Fischerei und anderer kleinerer Fahrzeuge deutscher Nationalität in der Ostsee geprüft. Sie haben die internationalisierte Marine-Waffenstillstandskommission angewiesen, alle Maßnahmen zu treffen, um den Vorschriften der deutschen Regierung nach Möglichkeit und insoweit Genüge zu tun, als derartige Maßnahmen nicht den als unumgänglich erachteten militärischen Maßregeln widersprechen würden.“

Aus dieser Mitteilung geht also klar hervor, daß die Entente bereit ist, den deutschen Vorstellungen soweit entgegenzukommen, als es in Anbetracht der militärischen Lage im Baltikum möglich erscheint. Es wäre gewiß zu wünschen, daß die Entente sich streng an diesen Grundsatz hält und jede Schädigung der deutschen Lebensgrundlage unterläßt. Von der deutschen Regierung kann aber verlangt werden, daß sie eine Verständigung mit der Entente auf solcher Grundlage durch überflüssige Proteste und lächerlich wirkende Aufregungen nicht erschweren soll.

Ferien in der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hat gestern die Beratung des Etats zu Ende geführt und ist dann auf drei Wochen in die Ferien gegangen. Herr Erzberger gab zum Abschluß der Verhandlungen einen Ueberblick über die Finanzen des Reichs. Er machte die Mitteilung, daß die Reichsschuld am 1. April 1920 nicht nur 204, wie kürzlich mitgeteilt worden ist, sondern 212 Milliarden betragen würde. Dagegen stellte er in Aussicht, daß der Etat für 1920 um 22 Milliarden niedriger sein werde als der Etat für 1918, also etwa 53 Milliarden betragen würde. In der Zeit vom 15. Januar bis zum 15. Oktober 1919 seien täglich im Durchschnitt für 27,68 Millionen Mark neue Banknoten ausgegeben worden. Im Ausland verfüge Deutschland noch über einen Markbestand von 16 bis 17 Milliarden, den man in der Form einer festen Anleihe zu bringen suchen werde. Für die Lösung des Valutaproblems stellte er die alten Heilmittel in Aussicht: Die Warenerzeugung müsse gesteigert, die schwebenden Kredite im In- und Auslande mühten konsolidiert und durch eine Besteuerung eine Ueberfüllung des Marktes mit Zahlungsmitteln entgegengebehalten werden. Die Hauptlast an dem schlechten Stande der Valuta liege an den ungeheuerlichen Schiebungen. Das meiste aber werde erreicht werden auf dem Wege der Sparpolitik.

Nach einigen kleineren Blänkereien kam es dann zu der Abstimmung über den Gesamtetat. Wie zu erwarten stand, wurde der Etat in dritter Lesung von der Regierungsmehrheit, also vom Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten angenommen. Die Parteien der Linken und die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten lehnten den Etat ab. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ließen durch ihre Redner verkünden, daß diese Regierung nicht ihr Vertrauen habe, daß sie wohl bei den einzelnen Staatspositionen mitgearbeitet und ihnen zugestimmt hätten, daß sie aber durch die Ablehnung des Gesamtetats ihre Gegnerschaft zum Ausdruck bringen wollten. Der Mehrheitsparteien bemächtigte sich darüber einige Erregung und in aufgeregter Entrüstung warfen die Herren Erzberger, Baumbach und Scheidemann den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vor, daß sie durch ihre Ablehnung die Interessen des Reichs schädigten und daß außerdem die Nichtbewilligung der Mittel für die Regierung gegen die sonst üblichen parlamentarischen Gebräuche verstoße. Es war ein kleiner Bruderkrieg, der bei dieser Gelegenheit ausgebrochen wurde. Denn in ihren Zielen sind sich die bürgerlichen Parteien mit ihrem rechtssozialistischen Anhang einig. Diese Ziele liegen in der Richtung der Erneuerung und Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsweise für Deutschland und der Streit geht nur um die Methode und etwa noch darum, wer an der Frontlinie sitzen soll. In der Befürchtung der revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse, in der Verhinderung der Verwirklichung des Sozialismus, sind sich die heute feindlichen Brüder doch einig.

Deshalb war es auch ein demagogisches Mittel niedriger Art, daß von den Rednern der Mehrheitsparteien die Ablehnung des Etats durch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei in eine Linie gestellt wurde mit dem ablehnenden Votum der Unabhängigen Sozialdemokratie, die durch eine vom Senoffen Seger vorgetragene kurze Erklärung motiviert wurde. Uns trennt von den anderen Parteien der Nationalversammlung eine ganze Welt. Eine Regierung, die mit Hilfe des gegen das Proletariat gerichteter Verlagerungsanstrengungen ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten sucht, die gegen die Arbeiter Gefängnisse, Zuchthaus, Schutzhaft und Arbeitszwang anwendet, die die freie Meinungsäußerung mit den brutalsten Mitteln unterdrückt, eine solche Regierung kann von uns kein Vertrauen beanspruchen. Die Ablehnung durch die Mehrheitsparteien ist lediglich eine auf kapitalistische Wirkung berechnete Maßnahme, die auch ihrer früher vertretenen Auffassung ins Gesicht schlägt, daß die Staatsablehnung Vaterlandsverrat sei. Die Ablehnung des Etats durch die Unabhängigen Sozialdemokratie dagegen bedeutet die schärfste Kampfbahn der Arbeiterklasse an die Regierung des Klassenstaates. Sie ist zugleich das Symbol dafür, daß das Proletariat entschlossen ist, den Kampf gegen das Kapital und gegen die Regierung des Kapitals bis zum siegreichen Ende weiterzuführen.

Aus der Schughaf entlassen. Gertrud Paul, über deren Schughaf wir heute schon berichtet haben, ist inzwischen wieder entlassen worden. Bisher als zwei Monate hatte man sie ohne jeden Grund der Freiheit beraubt.

Der Streit der Metallarbeiter.

Bericht der Streikleitung.

Von der Fünfzehner-Kommission wird uns mitgeteilt:
In der „B. Z.“ vom Donnerstag, den 30. Oktober, wird behauptet: Im Verband der Berliner Metallindustriellen denkt niemand daran, die Rechte der Arbeiter irgendwie zu beeinträchtigen. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Unternehmer nur bereit sind, die Mitglieder der Arbeiterausschüsse ihre Funktionen aufnehmen zu lassen, die nicht entlassen sind. In den Betrieben, in denen weder Arbeiterausschüsse noch Stellvertreter vorhanden sind, sollen sich die Arbeiter des Betriebes freie Kommissionen wählen, die die Obliegenheiten der Arbeiterausschüsse ausüben.

Diese Wahlen sollen nur von den in den Betrieben beschäftigten vorgenommen werden. Die streikenden Arbeiter der Betriebe sollten also von den Wahlen ausgeschlossen sein.

Daraus geht klar und deutlich hervor, daß es den Unternehmern darum zu tun ist, die Rechte der Arbeiter in den Betrieben zu schmälern. Unsere Forderung, den streikenden Arbeitern bei der Wiederaufnahme der Arbeit dieselben Rechte zu gewähren, wie sie diese beim Fortbruch des Streiks in den Betrieben hatten, wird in keiner Weise gefährdet.

In den einzelnen Betrieben halten die Arbeiter mit den Unternehmern vereinbarte Rechte, insbesondere waren Arbeiter- und Betriebsräte vorhanden, die die Unternehmer jetzt beseitigen wollen. Das ist der Grund, der es den Arbeitern unmöglich macht, auf die Vorschläge der Unternehmer einzugehen.

Die Behauptung, daß eine neue Streikaktion auf Kosten der Arbeiterschaft entfesselt werden soll, um Neuwahlen der Betriebsräte (gemeint sind wohl die Arbeiterausschüsse) zu verhindern, ist unwahr. Wir erklären ausdrücklich, daß wir gegen Neuwahlen, bei denen die ganze Arbeiterschaft beteiligt ist, keine Einwendungen erheben würden.

Am heutigen Tage haben Vorbesprechungen der von der Fünfzehner-Kommission eingesetzten Kommission mit den Parteileitungen der S. P. D., U. S. P. D. und N. P. D. stattgefunden. Es ist also eine Unwahrheit, wenn das „B. Z.“ behauptet, nur mit den Parteileitungen der U. S. P. D. und N. P. D. werde verhandelt. Eine weitere gemeinsame Sitzung der Fünfzehner-Kommission und des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission sowie der Vertreter der Parteileitungen wird Freitag nachmittags stattfinden.

Vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind weitere sechs Millionen Mark Unterstützungsgelder eingetroffen.

Weitere Berichte werden den Obleuten in der am Sonntag vormittag 9 Uhr in den Sophienkäm (großer Saal) stattfindenden Konferenz mitgeteilt.

Zum Streit der Metallarbeiter gehen uns täglich viele Resolutionen von den im Auslande befindlichen Belegschaften der Berliner Metallindustrie zu. Auch aus allen Teilen des Reiches empfangen wir von Organisationen und Betrieben Sympathiebekundungen, die sich mit dem Streit der Berliner Metallarbeiter solidarisch erklären. Leider ist es uns infolge des beschränkten Raumes nicht möglich, auch nur einen Bruchteil derselben zu veröffentlichen. Trotzdem veröffentlichen wir heute Resolutionen von Berliner Betrieben, um zu zeigen, wie falsch die Berichterstattung der Presse ist, die einen Gegensatz zwischen den streikenden Arbeitern mit der Streikleitung zu konstruieren sucht.

Die am Dienstag, den 28. 10. 19, in Hartmanns Brauerei folgende Betriebsversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, Abteilung Kugellager, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem prozessierenden Vorgehen der Unternehmer gegen die Funktionäre, Arbeiterausschüsse sowie Arbeiterräte und fordert alle streikenden Kollegen auf, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft gesichert sind und von der Fünfzehnerkommission die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen wird. Wir geloben, die Arbeiterräte, unsere letzte Organisationsform des 9. November, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.“ Diese Resolution wurde in einer Parallelversammlung der Geiger und Maschinisten desselben Werkes einstimmig angenommen.

Die am 27. 10. 19 bei Bode folgende Betriebsversammlung des bekannten H. G. W. Konzerns Hennigsdorf protestiert auf schärfste gegen die Maßnahmen der Metallindustriellen, die sie bei den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit anwenden. Die Versammelten geloben, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis nicht der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin an ihrem Arbeitsplatz mit ihren vollen Rechten wieder eingestellt werden.“

Die Kollegen und Kolleginnen des Siemens-Konzerns, Franklinwerk, erklären in dem Vorschlag der Unternehmer über die Wiederaufnahme der Arbeit einen Schlag gegen die Grundrechte der Arbeiterschaft. Sie erklären einmütig, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die alten Funktionäre in ihre früheren Rechte wieder eingestellt sind.“

Die am 29. 10. 19 in Jantes Fabrik verammelten ca. 100 streikenden Kollegen und Kolleginnen der Firma Dr. Paul Becker & Co. sprechen der Fünfzehnerkommission nach wie vor ihr volles Vertrauen aus und geloben, die Forderung derselben auf rechtliche Einstellung aller Streikenden so lange durch den Kampf zu unterstützen, bis dieselbe restlos von den Unternehmern angenommen wird.“

Die gesamte Belegschaft der Berlin-Vorkammler Metallwerke erklärt hiermit ausdrücklich, daß es ihr voller Wille ist, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis folgende Forderungen erfüllt sind: 1. Das Mitspracherecht als wesentliche Kernforderung der Revolution muß in jeder Beziehung aufrechterhalten werden. 2. Die restlose Einstellung sämtlicher im Streik befindlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir fordern die Fünfzehnerkommission unter vollen es Vertrauen aus und erwarten, daß sie unsere Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf das Energischste unterstützt.“

Ankündigungen.

Die außerordentliche Stempelstelle Nr. 32, Reichsstr. 16, ist von heute ab als Stempelstellen Nr. 15 eingerichtet.

Daimler-Werk, Freitag vorm. 11 Uhr Betriebsversammlung im Speisesaal, Funktionäre 9 Uhr Speisungsloft.

Meinbau Siemens-Schulert. Heute Freitag von 12-4 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung in den bekannten Lokalen. Nachzügler müssen bis Ende nächster Woche warten.

Frei Werner A. G., Mariensfelde. Freitag vormittag 10 Uhr im Schwarzen Adler, Mariendorf, Chausseestraße: Betriebsversammlung.

Weiß u. Samel. Freitag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung im Streikloft.

Arbeiter- und Betriebsräte des H. G. W. Konzerns! Freitag nachm. 5 Uhr Sitzung im Lokal von Riebel, Quisenstr. 37, im 2. Stock.

H. G. W. Kabelwerk. Sonnabend von 1-4 Uhr nachm. Auszahlung der Streikunterstützung fürs gesamte Werk in den bekannten Lokalen. Montag mittag 12 Uhr in Märner's Baumgarten Betriebsversammlung des gesamten Kabelwerks.
Siemens u. Halske, Blochwerk. Sonnabend früh 10 Uhr Betriebsversammlung Stadtpark Jungfernhöhe. Dasselbe Auszahlung der Streikunterstützung.
Funktionäre der Anordrörmse. Freitag, vormittag 9 Uhr, Sitzung bei Rißhölz, Büchel, Ede Doffestrasse.
Erich u. Gräß. Die Auszahlung der Unterstützung findet nicht Freitag, sondern Sonnabend 11 Uhr statt.

Ami III, Flugplatz Johannisthal. Heute nachmittag 3 1/2 Uhr Betriebsversammlung in der Kantine.
D. W. F. Kugellager Wittenau. Heute vormittag bis 10 Uhr Unterzeichnen der Quittungen in den Werkstätten. Nur über 13 Wochen im Metallarbeiter-Verband Organisierte kommen in Betracht. Am Sonnabend nachmittag von 2 Uhr an Auszahlung des Geldes.

Militär, Johannisthal. Freitag früh 7 Uhr müssen sich folgende Kollegen melden: Kartennummer 61, 63, 68, 69, 62, 63, 64, 66-72; um 11 Uhr Nr. 73, 74, 76, 79, 81, 82, 84-82. Pünktliches Erscheinen. Sonnabend früh Auszahlung.
Bergmann, Rosenhof. Freitag um 11 Uhr im Lokal von Bohne Betriebsversammlung aller Streikenden.

Siemens-Schulert Autobau, Bahnhalle, Ullrichstr. A. B. G. Sonnabend vormittag 11 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung. Nichterschene erhalten erst bei der nächsten Zahlung ihr Geld.
Typograph. Freitag nachmittag 4 Uhr Betriebsversammlung bei Scheel, Verdingenstraße 14.

Stark Motorsflug, Berlin und Niederschöneweide sowie angeschlossene Betriebe. Betriebsversammlung am Sonnabend, den 1. November 1919, vormittag 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Hafse u. Wrede. Betriebsversammlung heute, 31. Oktober, nachmittag 3 Uhr.

Hilma Werner, Mariensfelde. Heute, 10 1/2 Uhr, Betriebsversammlung in Mariendorf, Restaurant Schwarzer Adler, Chausseestraße.

Obleute der mittleren und Großbetriebe! Heute, Freitag, 31. Oktober, nachmittag 2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 8, eine Versammlung aller Streikenden und ausgesperrten Sattler statt.

Telefunken! Das Unterschreiben der Quittungen heute, Freitag, 11 Uhr, Nationalallee, Kommandantenstraße 62, sowie am Montag, den 3. November, 11 Uhr, Auszahlung der Gelder daselbst.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika unvermeidlich.

Amsterdam, 30. Oktober.

Das Reutersche Bureau meldet aus Indianapolis: Die Konferenz der Führer der vereinigten Bergarbeiter, die heute hier abgehalten wurde, hat beschlossen, daß es im Interesse der Sache nicht zweckdienlich wäre, den Befehl zur Einstellung der Arbeit am 1. November abzugeben. Ferner haben die Vertreter der Bergarbeiter eine Erklärung veröffentlicht, in der sie bestätigen, daß sie Wilsons Aufruf in der Presse gelesen haben, aber den Streik für unvermeidlich halten.

Regierungsmassnahmen im Falle eines amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

H. N. Washington, 29. Oktober.

Das Kabinett beschloß im Falle eines Ausbruchs des Bergarbeiterstreiks die Arbeitswilligen in jeder Hinsicht zu schützen. Die Behauptung, daß Truppen als Bergarbeiter verwendet werden sollen, trifft nicht zu. Diese Behauptungen sind lediglich dazu da, um die Arbeitswilligen gegen die Verhaftungen durch Streikende in Schutz zu nehmen. Gestern veranfaßten etwa 100 000 Mitglieder der Gewerkschaften einen Demonstrationenzug durch Washington. In einer Gewerkschaftsversammlung erklärte darauf der Arbeitersführer Compton, das Kapital sämte ein Komplott, um den Arbeitern eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Die Haltung des Staates beweise das zur Genüge.

Die amerikanischen Eisenbahner beharren auf ihren Lohnforderungen.

H. N. New York, 30. Oktober.

Die Eisenbahner hatten eine Zusammenkunft mit dem Generaldirektor der Staatsbahnverwaltung. Sie erklärten, daß die Kosten des Lebensunterhaltes durch die Regierungsmassnahmen keineswegs verringert worden seien, so daß sie auf ihrer Forderung nach höheren Löhnen nach wie vor bestehen müssen.

Das Kabinett will vermitteln.

Haag, 30. Oktober.

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New York, daß die Truppen aus Gary (Indiana) zurückgezogen worden sind, was man in einigen Kreisen als Anzeichen dafür auslegt, daß der Streik mißglückt sei. — In New York ist ein Streikstreik ausgebrochen. — Das Kabinett hat bereitwillig beschlossen, im Fall des Bergarbeiterstreiks zu intervenieren. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Eröffnung der Arbeiterschulungskonferenz des Völkerbundes.

Washington, 30. Oktober.

Mittwoch mittag um 12 Uhr eröffnete Minister Wilson die internationale Arbeiterschulungskonferenz des Völkerbundes. Über 30 Staaten waren durch etwa 200 Delegierte vertreten. In seiner Begrüßungsansprache erklärte der Vorsitzende, er müsse den Standpunkt vertreten, daß nur Staaten, die das Völkerbündnis abkommen bereits ratifiziert hätten, offiziell an der Konferenz teilnehmen dürften. Da das Abkommen jedoch von einigen Staaten noch nicht ratifiziert ist, erfolgte keine offizielle Begrüßung. Im weiteren Verlaufe der Eröffnungssitzung sprach der Vorsitzende der Organisationskommission Fontaine über die nach dem Bericht seiner Kommission durch den Völkerbund zu behandelnden Angelegenheiten. Nach Schluß der Sitzung hielten die Delegierten der einzelnen Staaten unter sich Beratungen ab und stellten Kandidaten für die verschiedenen im Bureau der Konferenz zu besetzenden Posten auf. Die endgültigen Wahlen und die allgemeine Organisation des Sekretariats werden heute erfolgen.

In Konferenzkreisen ist man sich über die Rolle, die die deutschen und deutsch-österreichischen Delegierten in Washington spielen sollen, noch nicht klar.

Gaases Befinden waltet kritisch.

In dem Befinden des Genossen Gaase ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die Temperatur war gestern abend auf 88,9 gestiegen. Gaase ist sehr matt und findet nur Schlaf nach Verabreichung von Morphium.

Das Verfahren gegen den Attentäter.

Ueber das Verfahren gegen den Attentäter wird mitgeteilt: Hof, der das Attentat auf den Abgeordneten Gaase verübt hat, befindet sich im Untersuchungsgewahrsam in Haft und wird dort vom Geheimen Medizinrat Dr. Leppmann beobachtet, nachdem er vor dem Untersuchungsrichter seine Behauptung wiederholt, er habe Gaase einen Dornstachel verabreicht wollen, weil Gaase Bestechungen und Unregelmäßigkeiten bei der preussischen General-Postdirektion zu verheimlichen gesucht habe. Die Haftbeschwerde, die Hof eingelegt hat, ist von der Strafkammer verworfen worden.

Die Beschlagnahme von Liebknechts Schrift über Militarismus aufgehoben.

Vor einigen Monaten ist bei dem Drucker der Neubrück des Scheit von Karl Liebknecht über Militarismus und Antimilitarismus beschlagnahmt worden. Auf die hiergegen eingelegte Beschwerde hat nun der Oberreichsanwalt die Aufhebung dieser Beschlagnahme verfügt.

So endet auch dieser Gewaltstreich mit einer Klage der Behörden, die bei ihrer Verfolgungswut selbst vor den Werken Totes nicht haltmachen.

Ein Protest Tschickherins.

Die „Times“ berichten von einem drahtlosen Telegramm Tschickherins aus Moskau, das an die deutsche Regierung übermittlekt worden ist. In dieser Note heißt es:

Die russische Regierung hat Kenntnis davon erhalten, daß die Ententemächte der deutschen Regierung eine Aufforderung haben zukommen lassen, an der Blockade Sowjetrußlands teilzunehmen. Die deutsche Regierung wird darauf hingewiesen, daß eine Teilnahme Deutschlands an der Blockade von der Sowjetregierung als ein maßgebendes feindseliges Akt angesehen werden würde. Die Sowjetregierung zweifelt nicht, daß sich die deutsche Regierung den Konsequenzen wohl bewußt sei, die ein solcher Schritt zur Folge haben würde, und daß unter solchen Umständen die Sowjetregierung entschlossen ist, mit entsprechenden Gegenmassregeln vorzugehen. Die Sowjetregierung vertraue darauf, daß die deutsche Regierung die Forderung der Entente, die eine Beseitigung der elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit sei, mit einer entschiedenen Weigerung beantworten werde.

Die halbamtliche „Deutsche Allg. Zig.“ bemerkt zu dieser Meldung:

Wie wir hierzu von zuständiger Seite erfahren, ist bis zur Mittagsstunde in Berlin von einer derartigen Note nichts bekannt. Wie verlautet, soll jedoch Regierung neutraler Staaten eine ähnliche Note der Sowjetregierung funktentelegraphisch übermittlekt worden sein.

Die „Unkenntnis“ der Berliner „zuständigen Stelle“ erscheint etwas befremdlich. Wenn die Regierungen der neutralen Staaten diese funktentelegraphische Mitteilung erhalten haben, so muß sie auch in Rußland eingegangen sein. Oder sollte es sich hier um eine „Störung“ handeln, die schon so oft die Ursache der Nichtübermittlung wichtiger Meldungen aus Rußland gewesen ist?

Großer Sieg der Bolschewisten.

H. N. Moskau, 30. Oktober.

Der bolschewistische Tagesbericht von heute besagt, daß die bolschewistischen Truppen erfolgreiche Kämpfe geführt haben. Fünf Werk nordöstlich von Gadschina eroberten sie eine Reihe Dörfer. Sie haben jetzt die Hauptstellung der weißen Truppen, entlang des Weges nach Windau, angegriffen. Das Ergebnis dieser Operation zwang den Feind, Gadschina zu räumen, da der Druck auf die bolschewistischen Stellungen bei Marienburg eine Verdrückung der Linie darstellte. Der Widerstand der Weißen in dieser wichtigen Gegend wird bald durch die bolschewistischen Offensiv gebrochen sein.

Die kuffändischen in der Ukraine halten das rechte Ufer des Dnjepr besetzt und außerdem die ganze Gegend von Kiew, Tursch und Chyrtin. Kein einziger Vertreter Denikins konnte sich länger als einen Monat in diesem Distrikt halten. Die Gegend von Cherson ist in den Händen von Rakow und seiner Truppen. Er hat Alexandrow den Weißen entlassen und Eliseiograd wird jetzt von den kuffändischen besetzt, die aus Cherson und Nikolajewsk immer näher rücken. Der Kuffand hat sich auf die Distrikte Poltawa und Jelezetzowlaw ausgedehnt. Die Annäherung der bolschewistischen Truppen in der Nähe von Kiew erhöht den Mut der kuffändischen und wiederholt treffen ganze Abteilungen der Truppen von Poltawa in bolschewistischen Lagern als Überläufer ein.

Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich.

T. U. Basel, 30. Oktober.

Die Internationalen Kommission des Roten Kreuzes gibt bekannt, daß der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich zwischen dem 27. Oktober und 2. November beginnt.

Wissel reist nach Washington. Wie die „P. P. N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat sich der Reichswirtschaftsminister a. D. Rudolf Wissel nunmehr endlich entschlossen, an der Washingtoner Arbeiterschulungskonferenz teilzunehmen.

„Aber Justav, wo reit'st du denn hin?“

Karikatur von Karl Holts

FREIE WELT

HEFT 24

Bei jedem Zeitungshändler zu haben!

gutschlechte, bis das Volksgesetz die Genehmigung zur Erhöhung der Grundsteuer von 70 Pf. auf 1 M. gestattet.

Eine am 28. v. M. stattgefundene Versammlung der Droschkenfahrer erklärte in der Handlungsweise der Innungsleiter einen großen Mangel; sie nahmen von einer sofortigen Arbeits-einstellung nur durch Abstand, weil der Schlichtungsausschuss der vorangegangenen Anweisung gemäß noch mal anzurufen ist.

Eine Handwerker-Versammlung der im Deutschen Holzarbeiter-Berband organisierten Musikinstrumentenarbeiter fasste den Beschluß, ab 1. Dezember eine Leuzeranzulage von 75 Pfg. auf die jetzt bestehenden Löhne, ferner Verlängerung der Arbeitszeit von 45 auf 46 Stunden mit Lohnausgleich zu fordern. Einem großen Teil der erschienenen Kollegen gingen die Forderungen noch nicht weit genug. Doch waren sich die Versammelten einig, daß sie alles daran setzen, um ihre gerechten Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Des weiteren wurde einstimmig beschlossen, den Reichstagsrat, welcher am 15. Februar 1920 abläuft, zu kündigen und den Hauptverband zu ersuchen, vor Beginn der neuen Verhandlungen eine Reichsanweisung der Musikinstrumentenarbeiter einzuberufen, um zu der Frage des neuen Tarifs Stellung zu nehmen. — Einigungs der Versammlung referierte L. A. Nowak vom Hauptverband über „Eradikation, Betriebsorganisation und zentrale Gewerkschaften.“ Trotz der politischen Gegensätze, die in der kurzen Diskussion stark zutage traten, waren sich doch alle Anwesenden einig in der Einsicht, daß alles daran gesetzt werden müsse, um jenen Elementen das Handwerk zu legen, die hemmt sind, die festen Organisationen der Arbeiter zu zerstören und letztere in wieder der schrankenlosen Ausbeutung des Arbeitnehmers auszuliefern. Der zur Zeit tobende Kampf der Metallarbeiter sei der beste Beweis, wie bitter notwendig eine feste und einzige Organisation ist. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß die Kollegen der Firmen Städte und Hermann in Wera (Neuh) ausgespart sind. Um die dortigen Kollegen nun in ihrem Kampf zu unterstützen, ist es Pflicht jedes Kollegen, darauf zu achten, daß ihre Unternehmer keine Streikarbeit anfertigen läßt.

Die im Juli entlassenen Kollegen der Firma Siemens werden ersucht, zum Unterscheiden der Volkswirtschaft am Sonntag, den 1. Nov., nach 5 Uhr bei Pöhlke, Hohen-Schönhauser Weg, zu versammeln.

Groß-Berlin.

Republikanische Schulfeiern.

Die Frage nach Verächtlichung und Art der Schulfeiern ist völlig ungeklärt. Hier handelt jeder Schulleiter nach Gutdünken gemäß seiner religiösen und politischen Artung. Wie diese in fast allen Fällen beide Male ist, wissen wir faktisch. Wir haben es erlebt, daß selbst bürgerliche Zeitungen sich veranlaßt fühlten, darüber Bescherden zu führen, daß an höheren Schulen und Gemeindefeiern Kaisers Geburtstag mit allem Durcheinander gefeiert wurde. Entweder geschlossen oder heimlich nachsaher. Die Feiern zur Erinnerung an die Gründung der Monarchie, die Sedanfeier, wurde ebenfalls begangen, weil das diesmal erlassene Verbot schließlich am Tage vorher bei den Schulen einlief. Mit dem Reformationsfest ist es so, daß offiziell davon im Ministerium nichts bekannt sein soll, daß aber überall von der Unterricht morgen ausfällt und durch eine Feier ersetzt wird. Andersdenkende Schüler können auf Antrag fernbleiben, ebenso solche Lehrer, vorausgesetzt, daß diese nicht jene während der Zeit unterrichten müssen, was auch vorkommen soll.

Wie wird es nun mit dem 7. November, dem Tag der Wiederkehr der Revolution, durch die unsere Republik ihren Anfang nahm? Wird die oberste Schulbehörde Preußens ihn für wichtig genug halten, um an ihm eine obligatorische Feier für alle Schulen und Hochschulen, wie früher am Sedantage, anzuordnen? Ratet mal! — Mindestens sollte es den sozialistischen Lehrern gestattet sein, in der Schulkula mit den Eltern und Schülern gleicher Sinnesart, entsprechend wie beim Reformationsfest, eine Feier zu veranstalten. Wie wäre es damit, Konrad Haenisch? In Frankreich wird der Bastillenturm am 14. Juli jedes Jahr mit großem Aufwand gefeiert, aber die da drüben haben ja auch eine Republik. Bei uns, im Deutschen Reich, ist das noch nicht raus.

Der Vorstand der Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins hat an den Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung eine Eingabe gerichtet, in der er die Anordnung einer verbindlichen Feier zur Erinnerung an den Ausbruch der Revolution am 7. November für alle Schulen und Hochschulen fordert.

Aus dem Stadtparlament.

In der gestrigen Sitzung erfolgte zunächst die Erledigung einiger kleiner Vorlagen. Der feierliche von unseren Genossen gestellte Antrag auf Ueberrahme der in städtischen Betrieben vorkommenden Isolierungsarbeiten in städtische Regie war auch von der Mehrheit des vorbereitenden Ausschusses angenommen worden. Das war den Wägenführern, von den Demolitionen angefangen, ein willkommenes Anlaß, in Dienständerungen zu machen. Die Versammlung beschloß jedoch an diesem Antrage entsprechend.

Gegen die Erhöhung der Kanalisationsgebühren auf 24 Prozent wehrten sich die Hausbesitzer begreiflicherweise mit Händen und Füßen. Es nützte ihnen nichts, der erforderlichen Erhöhung wurde von der Mehrheit zugestimmt.

Hierauf wurde zur Neuwahl von achtzehn unabhängigen Stadträten und 221 Bürgerdeputierten geschritten. Zu unbesoldeten Stadträten sind gewählt worden 6 Unabhängige, 6 Reichstagskandidaten, 6 Wägenführer. Von unserem Vorschlag kommen in Betracht: Genossin Wehl, Genossin Sefel, Emanuel Wurm, August Hünke, Rante und Weise.

Die Forderung der Grunderwerbsteuer tief wiederum die Interessenten aus Grundbesitzkreisen auf den Plan. Sie müßten oder auch hierbei die Wagnernahme machen, daß ihnen die neue Zeit die unumschneidliche Herrschaft einfließen hat.

Höhere Gaspreise.

Ammer unvollkommener treten von Tag zu Tag die Folgen des kühnen Abzuges durch neue Belastung der beiden Klassen des wehrlichen Volkes in Erscheinung. 70 Pfg. für die Konsumanten bis zum Verbrauch von 800 Kubikmeter und 80 Pfg. für die wirtschaftlich Stärkeren bis zum 1. Januar 1920 der Preis für den Kubikmeter Gas in der Stadt Berlin sein. Gefordert wurden seitens des Direktoriums der Gaswerke und des Ammer in einer am Mittwoch tagenden Sitzung der Großen Deputation 90 Pfg. 95 Pfg. Diese Forderung war selbst den Argentinischen Abgeordneten im Reichstag, Erhard Braun

ke geht, nachdem die Herren Direktoren und Stadträte über die Forderung dieser Werke von ihrem Standpunkt her großzügige Aufklärung gegeben, gewillt diese Erhöhung zu gestatten. Die Vertreter der U. S. P. D. bestreiten den Standpunkt, daß eine andere Form der Deckung für Neuausgaben, die sich nötig machen, zu finden sein müsse. Scharf traten sie den Anforderungen der Leiter der Stadt entgegen, treffend wiesen sie nach, daß manche Unterlassung der vorangegangenen Zeit bis zum Ende 1918 durch Staat und Stadtverwaltung vorhanden sind. Seitens der U. S. P. D. Fraktion wurde der Antrag gestellt: „Die Große Deputation ersucht den Magistrat, mit türkischer Beschleunigung für eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Gas- und Elektrizitätspreis nach dem Einkommen der Konsumenten abgestuft wird, die gegenwärtigen Höchstleistungen sind diesem Preise zugrunde zu legen.“ Von Seiten der Vertreter der Rechtssozialisten wurde der Antrag gestellt, vorläufig, um einermöglichen Deckung zu schaffen, 70 bzw. 80 Pfg. pro Kubikmeter zu erheben. Hierzu wurde durch die Vertreter der U. S. P. D. das Amendement gestellt, die Preisgrenze für die Kleinverbraucher von 855 auf 600 Kubikmeter zu erhöhen. Die Anträge der U. S. P. D. fanden keine Gegenliebe bei den Fraktionvertretern und den anderen Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion, einschließlich U. S. P. D. Annahme fand mit allen gegen die Stimmen der U. S. P. D. der Antrag der U. S. P. D. Annahme fand jedoch noch ein Antrag unserer Vertreter, daß der Magistrat Material für evtl. Abtragung der Gaspreise nach Steuerkraft eingehend herbeizuschaffen habe, um an der Hand dieses Materials eine gerechtere Verteilung der Lastentragung herbeizuführen zu können. Von einer Erhöhung der Preise für Elektrizität wollte der Herr Direktor Caffermaun nichts wissen, obwohl hier mehr wirtschaftlich stärkere Verbraucher im Frage kommen. Unsere Vertreter forderten aber trotzdem hier unbedingte und sofortige andere Regelung, um eine Entlastung der ärmeren Bevölkerung als Gasverbraucher zu ermöglichen.

Eine mißglückte Schiebung der Rechtssozialisten.

Vertagung der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft. Unsere Genossen, die auf Grund des Inkrafts in der „Freiheit“ gestern abend um 8 Uhr an der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft im Lehrervereinhaus teilnehmen wollten, waren sehr erstaunt, daß schon lange vor 8 Uhr der große Saal voll besetzt war. Einige Hundert Versammlungsteilnehmer konnten nicht mehr in den Saal. Trotzdem wurde die Versammlung eröffnet. Schluß konnte den Geschäftsbericht wegen immer wieder erneuter einsetzender Unruhe nicht zu Ende geben. Ein Genosse meldete sich zum Geschäftsbericht, um die Ursache der Unruhe zu klären. Offiziell war durch Inkrafts die Versammlung auf 8 Uhr einberufen, eine Kollegin im „Vorwärts“ am Donnerstag vormittag und jedoch die „Vorwärts“-Beize zur Versammlung um 8 Uhr ein. In Anbetracht der Sachlage schiebe nun der Versammlungsleiter Laage aus, daß also um 8 Uhr eine „Vorwärts“-Beize-Versammlung einberufen worden sei, diese sei noch nicht zu Ende, deswegen könne die Versammlung der Konsumgenossenschaft nicht stattfinden. Diese Pointe fiel den Rechtssozialisten sehr auf die Nerven, ein Sturmtrupp unter Führung von Buschid hielterte auf die Bühne. Das Erscheinen Buschids auf der Bühne löste einen unbeschreiblichen Lärm aus; laute Rufe forderten, „der Streikdrohungen möge verschwinden“. Als Buschid auch noch das Rednerpult betrat, stieg die Erregung aus Hörsicht, nur dem Eintreten einiger besonnenen Genossen ist es zu verdanken, daß Buschid nicht eine Tracht Pein für seine Provokation erhielt. Da versucht und erreicht worden war — in Anbetracht der Wahlen zum Aufsichtsrat — durch eine Schwindelmisze die „Vorwärts“-Beize in den Saal zu bringen, während große Massen unserer Genossen vor dem Saaleingang und auf den Treppenhänden, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Versammlung zu vertagen und in einem größeren Lokal in nächster Zeit eine neue Versammlung einzuberufen.

Trotz dieser Mühen, trotz lägenem im „Vorwärts“, werden unsere Genossen, da in der großen Mehrheit den Aufsichtsrat stellen. Können das die Anhänger der tollendsten Demokratie nicht lassen?

Zum Gedächtnis der Revolutionsoffiziere.

Wir ersuchen die Angehörigen der auf dem General-Friedhof in Friedrichsfelde beerdigten Opfer, die Namen derselben, Geburts- und Sterbetag im Parteibureau, Schilderstraße 5/6, oder bei Boer, Mantuffelstraße 72, abzugeben.

Das Erwachen der Scheintoten.

Der Fall der Krankenpflegerin, die im Garmisch-lesch aufgefunden und dann zu einem Arzt gebracht wurde, der die Einlieferung des Mädchens veranlaßte, da er keine Tätigkeit der Wundbehandlung oder des Herzens mehr feststellen konnte, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Die Krankenpflegerin, namens Minna Braun, hat, wie sehr festgestellt worden ist, einen Selbstmordversuch begangen, indem sie Koffein und Veronal nahm. Der Zustand des jungen Mädchens hat sich im Laufe des gestrigen Tages glücklicherweise erheblich gebessert, so daß Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten. Bei ihrer Entlassung in das Krankenhaus hatte auch der dortige Arzt den Eindruck, daß es sich um eine bereits Bekannte handelte.

Zu dem medizinisch sehr interessanten Fall gibt Dr. Wagner, der Praktikum beim zwerf unterzucht, folgende Darstellung: „Ich habe die mir im Krankenwagen zugeführte Unbekannte ärztlich eingehend untersucht. Ich fand dieselbe erkrankt, völlig pulslös, ohne Atmung und ohne nachweisbare Herztätigkeit; der Hautreflex fehlte, eine weitere wissenschaftliche Probe blieb gleichfalls negativ. Auf Grund dieses Befundes mußte ich zu der Ueberzeugung kommen, daß der Tod bereits eingetreten und wahrscheinlich durch Gift herbeigeführt war. Es ist nur anzunehmen, daß durch Röhre und starke Sauerstoffzufuhr zusammen, der anscheinend völlig leblose Zustand eingetreten war, so daß ich von dem Tod überzeugt sein mußte. — Einen gleichlautenden Bericht habe ich an die zuständige Behörde bereits eingereicht.“

Vertagung städtischer Dienststellen in Lichterberg nach Caraden. Es werden verlegt am 31. Oktober Schulabteilung von Rollendorferstraße 14 nach Parade 2. Am 1. November Abteilung für Rassenweisung von Rollendorferstraße 7 nach Parade 4. Möbel- und Bettstelle von Rollendorferstraße 7 nach Parade 5. Kranfenernährung von Rollendorferstraße 117 nach Parade 4. Am 3. November: Geflügelzuchtamt und Fleischstelle von Rollendorferstraße 14 nach Parade 5. Siedeleitung von Rollendorferstraße 14 nach Parade 1. Rüstbüreau von Rollendorferstraße 7 nach Parade 1. Kassenkell. von Seemannstraße 14 nach Parade 1. Am 4. November: Mährungsmittelversorgung von Rollendorferstraße 7 nach Parade 5. Kartoffelstelle von Rollendorferstraße 7 nach Parade 5. Nachzugsmittel-Verschaltung von Döllstraße nach Parade 6. Wehlabteilung von Hermannstraße nach Rollendorferstraße 117 (bisher Kranfenernährung). — Die Karaden liegen in der Reichshausstraße zwischen Feuerwehrturm und Rathaus. An den Umsugstellen blieben die Dienststellen ge-

Auf der Straße Berlin-Tegel soll vom kommenden Sonntag, den 2. November, ab folgende Fahrpländerung in Kraft sein. Der Vorzug, bisher ab Steiner Bahnhof 8.30 vorm. nach Tegel, an 9.00 vorm., fällt aus. — Dagegen beschreiben die Büge ab Steiner Bahnhof 4.20 nachm. und ab Tegelwörder ab 6.10 abends, die in den Monaten November bis März nicht beschreiben sollten, vom 2. November ab regelmäßig an den Sonntag und Feiertagen weiter.

Der Automobilverkehr wird bis auf weiteres ab 1. November eingestellt. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft sieht sich zu dieser Maßnahme durch den Mangel an Betriebsstoff veranlaßt.

Am Dienstag erloschen. Große Aufregung verursachte Mitleid noch abend eine fahrlässige Tötung in der Schopenhauerstraße von Spielmann in der Friedrichstraße 189. Unter den Gästen dort befanden sich ein 24 Jahre alter Gastwirt Josef Kottner vom Circus Nr. 5 und ein Mädchen, die an einem Tisch beisammen saßen. Im Laufe der Unterhaltung nahm Kottner eine Zigarette aus der Tasche und spielte damit, obwohl sie scharf geladen war. Auslösch ging ein Schuß los. Die Kugel trug dem Mädchen in der rechten Seite in den Leib und verletzte es so schwer, daß es sofort nach der Klinik in der Hegelstraße gebracht werden mußte. Hier noch unter den Händen der Ärzte, Kottner wurde wegen fahrlässiger Tötung beschuldigt. Die Verantwortlichkeit des erloschenen Mädchens ist noch nicht festgestellt. Es hatte sich Eva Oberstein genannt und erzählt, daß es am Rosenthaler Platz wohne. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint jedoch der angegebene Name nicht richtig zu sein.

Lichterberg. Am Mittwoch fanden im Cölln-Bezirk und im Göße Keller zwei öffentliche Volksversammlungen statt mit dem Thema: „Sozialisten gegen Arbeiterräte“. Beide Versammlungen waren überfüllt. Die beiden Referenten, Genosse Thurm und U. Richter, redierten gründlich mit dem Verhalten der Rechtssozialisten in der letzten Stadtverordnetenversammlung ab. Sie zeigten vor allen Dingen die tendenziöse und verlogen Darstellung in der bürgerlichen Presse, aber auch die schamlose und demagogische Verherrlichung des „Vorwärts“. Die rechtssozialistischen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder von Berlin waren durch öffentlichen Plakatschlag zu diesen Versammlungen eingeladen. Aber außer einem Herrn Regel (S. P. D.) meldete sich trotz wiederholter Aufforderung und Zusicherung völliger Redefreiheit niemand von diesen Herren. Und nur ein Kommunist versuchte in der besagten Weise, indem er gegen die U. S. P. Isotroterte, Propaganda für seine Partei zu machen. Wurde Herr Regel in treffender Weise vom Genossen Thurm erwidert, so redierte Genosse Richter mit dem Genossen Schorne (S. P. D.) ab, ihm die Herrlichkeit und unlogische Handlungsweise seiner Partei vor Augen führend und ihm sagend, daß nur diese Kopf-durch-die-Wand-Politik abhelfen müssen. Diese Abrechnungen fanden den stürmischen Beifall der Versammlungsteilnehmer. Die vorgeschlagene Entschädigung, wodurch die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der U. S. P. D. beauftragt wurden, den schärfsten Kampf gegen die reaktionären Stadtverordneten, Magistrat und Reichheit aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Eine ganze Anzahl Neuankömmlinge für die U. S. P. D. sowie neue „Freiheit“-Abonnenten können als weiterer Erfolg verzeichnet werden.

Novemb. Petroleum ist eingetroffen und kann gegen Ausgabe der für den Monat Oktober ausgegebenen Petroleumkarten bei den nachstehend aufgeführten Kleinhandlern in Empfang genommen werden: Richter, Priesterstr. 64, Siebe, Aufderplatz 6, Regel, Wallstr. 60, Köhler, Wallstr. 58, Honzel, Priesterstr. 80, Giesler, Umlandstr. 23, Nappoles, Wilhelmstr. 80, Strichhoff, Wäldstr. 2.

Lebensmittellisten.

Spandau. Fleisch für die laufende Woche: Auf Feld 1 bis 6 der Volkshaus 100 Gr. Schweinefleisch; auf Feld 1 bis 5 der Rindfleisch 100 Gr. Schweinefleisch. An Fleisch gelangt zur Ausgabe: Auf Feld 9 und 10 der Volkshaus 60 Gr., 100 Gr. Braten- und Stücken. In den hiesigen Apotheken und der städtischen Verkaufsstelle im Rathaus wird Rührlief zum Preis von 4.50 Pfg. für 2 Pfd. ohne ärztliche Verschreibung verkauft. — Die einschlägigen Geschäfte sind mit Notgeld beliefert worden. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Kleinhandelspreis 20 Pf. pro Pfund beträgt.

Pankow. In der laufenden Woche auf Reichsfeinkäse inländisches Frisch- und Gefrierfleisch sowie amerikanische Speckwaren und ein Teil Rindfleischwaren. Die Wochenhoffmenge beträgt 150 Gr. mit Knochen zum 200 Gr. ohne Knochen. Ferner kommt in Anrechnung auf die Wochenhoffmenge Fleischwurst in den durch Kaufung kenntlich gemachten Fleischgeschäften zum Verkauf. Auf jede Wurstfleisch entfallen 50 Gr. Der Preis beträgt 3 Mk. für ein Pfund. — Von heute ab auf Abschnitt 57 der Pankower Lebensmittellisten 50 Gr. Wurstfleisch.

Aus den Organisationen.

- 6. Bezirk. Freitag abend 7 Uhr Generalversammlung bei Dober, Webersstr. 17. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag und zur Reichskonferenz der Frauen. Wahl der Delegierten.
- 12. Bezirk. Sonnabend abend 7 Uhr in der Schulula Greifenshagen Straße 20 Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellung zum Parteitag. Wahl der Delegierten. Mitgliederbuch legitimiert.
- 14. Bezirk (Waldhagenstraße). Freitag abend von 6-9 Uhr in den Räumen von Brahm, Waldhagenstr. 23, und Kaiser, Cöhlenerstr. 24. Umwahl der Delegierten zum Parteitag.
- 16. Bezirk, 2. Abt. Die Mitgliederversammlung am Freitag findet in der Schulula des Besingmannsbaus, Hansstr. 18, statt.
- Charlottenburg. Mittwoch. Volksversammlung sozialistischer Kommissionen im Volkshaus, Rosinenstr. 4, am Sonnabend abend 6 Uhr.
- Widmungswahl Charlottenburg. Freitagabend-Kurze Dr. Die findet in der Guelstraße, am 8 Uhr statt.
- Tempelhof. Die Wahlen bei Notgeld Webersstr. 31 (Kaden). Die Wählerausgabe erfolgt Mittwoch und Sonnabends abends von 6 bis 8 Uhr.

Vereinskalender.

- Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrkräfte Groß-Berlins. Sonnabend, 1. November, 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schule hinter der Gern. Straße 2. Tagesordnung: 1. Satzungsänderung. 2. Einheitskarte (Gen. Reger). Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.
- Preis Jugend Groß-Berlin. Sonntag, 2. November, nachmittags 4 Uhr, in der Philharmonie Aufführung (Hedenfeld). Karten 2 1/2 Mk. zu haben im Verlag Junge Sonne, Stralauer Straße 12, bei Heinemann, E. Oberstr. 42, und an der Kasse.
- Preis sozialistische Jugend, Gruppe O. K. n. Achtung! Abteilungsversammlung um 1/2 Uhr in der Schule Röhrenstraße 4/6.
- Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Invaliden und Kriegshinterbliebenen, Bezirk O. K. n. Freitag abend 7 Uhr Versammlung im „Reichshaus“, Friedrichstr. 100. — Bezirk III. Sonntag vormittags 10 Uhr Versammlung im Reichshaus, Reichberger Straße. Rem-nach des Vorstandes. — Bezirk E. K. n. Montag abend 7 Uhr Versammlung der Müller, Schönebergstr. 6. — Bezirk Nord n. 8. Dienstag abend 7 Uhr Versammlung bei St. Wahlenburg, Rosenstr. 6.
- Arbeiter-Internationale. Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der 253. Garnisonskirche, Naglerstraße. Vortrag des Herrn Dr. Rosenbergs über das Thema „Internationale und weltliche Schule“. Anschließende Diskussion und Wahl eines Internationales. — Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Garnisonskirche Naglerstraße 6. Referent: Lehrer Grunemann. Gäste und Interessenten willkommen.
- Arbeiter-Wanderklub „Kaufmanns“, Bezirk Berlin. Sonntag, den 2. November: 1. Vortrag, 11.15 Uhr; 2. Vortrag, 11.15 Uhr; 3. Vortrag, 11.15 Uhr; 4. Vortrag, 11.15 Uhr; 5. Vortrag, 11.15 Uhr; 6. Vortrag, 11.15 Uhr; 7. Vortrag, 11.15 Uhr; 8. Vortrag, 11.15 Uhr; 9. Vortrag, 11.15 Uhr; 10. Vortrag, 11.15 Uhr; 11. Vortrag, 11.15 Uhr; 12. Vortrag, 11.15 Uhr; 13. Vortrag, 11.15 Uhr; 14. Vortrag, 11.15 Uhr; 15. Vortrag, 11.15 Uhr; 16. Vortrag, 11.15 Uhr; 17. Vortrag, 11.15 Uhr; 18. Vortrag, 11.15 Uhr; 19. Vortrag, 11.15 Uhr; 20. Vortrag, 11.15 Uhr; 21. Vortrag, 11.15 Uhr; 22. Vortrag, 11.15 Uhr; 23. Vortrag, 11.15 Uhr; 24. Vortrag, 11.15 Uhr; 25. Vortrag, 11.15 Uhr; 26. Vortrag, 11.15 Uhr; 27. Vortrag, 11.15 Uhr; 28. Vortrag, 11.15 Uhr; 29. Vortrag, 11.15 Uhr; 30. Vortrag, 11.15 Uhr; 31. Vortrag, 11.15 Uhr; 32. Vortrag, 11.15 Uhr; 33. Vortrag, 11.15 Uhr; 34. Vortrag, 11.15 Uhr; 35. Vortrag, 11.15 Uhr; 36. Vortrag, 11.15 Uhr; 37. Vortrag, 11.15 Uhr; 38. Vortrag, 11.15 Uhr; 39. Vortrag, 11.15 Uhr; 40. Vortrag, 11.15 Uhr; 41. Vortrag, 11.15 Uhr; 42. Vortrag, 11.15 Uhr; 43. Vortrag, 11.15 Uhr; 44. Vortrag, 11.15 Uhr; 45. Vortrag, 11.15 Uhr; 46. Vortrag, 11.15 Uhr; 47. Vortrag, 11.15 Uhr; 48. Vortrag, 11.15 Uhr; 49. Vortrag, 11.15 Uhr; 50. Vortrag, 11.15 Uhr; 51. Vortrag, 11.15 Uhr; 52. Vortrag, 11.15 Uhr; 53. Vortrag, 11.15 Uhr; 54. Vortrag, 11.15 Uhr; 55. Vortrag, 11.15 Uhr; 56. Vortrag, 11.15 Uhr; 57. Vortrag, 11.15 Uhr; 58. Vortrag, 11.15 Uhr; 59. Vortrag, 11.15 Uhr; 60. Vortrag, 11.15 Uhr; 61. Vortrag, 11.15 Uhr; 62. Vortrag, 11.15 Uhr; 63. Vortrag, 11.15 Uhr; 64. Vortrag, 11.15 Uhr; 65. Vortrag, 11.15 Uhr; 66. Vortrag, 11.15 Uhr; 67. Vortrag, 11.15 Uhr; 68. Vortrag, 11.15 Uhr; 69. Vortrag, 11.15 Uhr; 70. Vortrag, 11.15 Uhr; 71. Vortrag, 11.15 Uhr; 72. Vortrag, 11.15 Uhr; 73. Vortrag, 11.15 Uhr; 74. Vortrag, 11.15 Uhr; 75. Vortrag, 11.15 Uhr; 76. Vortrag, 11.15 Uhr; 77. Vortrag, 11.15 Uhr; 78. Vortrag, 11.15 Uhr; 79. Vortrag, 11.15 Uhr; 80. Vortrag, 11.15 Uhr; 81. Vortrag, 11.15 Uhr; 82. Vortrag, 11.15 Uhr; 83. Vortrag, 11.15 Uhr; 84. Vortrag, 11.15 Uhr; 85. Vortrag, 11.15 Uhr; 86. Vortrag, 11.15 Uhr; 87. Vortrag, 11.15 Uhr; 88. Vortrag, 11.15 Uhr; 89. Vortrag, 11.15 Uhr; 90. Vortrag, 11.15 Uhr; 91. Vortrag, 11.15 Uhr; 92. Vortrag, 11.15 Uhr; 93. Vortrag, 11.15 Uhr; 94. Vortrag, 11.15 Uhr; 95. Vortrag, 11.15 Uhr; 96. Vortrag, 11.15 Uhr; 97. Vortrag, 11.15 Uhr; 98. Vortrag, 11.15 Uhr; 99. Vortrag, 11.15 Uhr; 100. Vortrag, 11.15 Uhr; 101. Vortrag, 11.15 Uhr; 102. Vortrag, 11.15 Uhr; 103. Vortrag, 11.15 Uhr; 104. Vortrag, 11.15 Uhr; 105. Vortrag, 11.15 Uhr; 106. Vortrag, 11.15 Uhr; 107. Vortrag, 11.15 Uhr; 108. Vortrag, 11.15 Uhr; 109. Vortrag, 11.15 Uhr; 110. Vortrag, 11.15 Uhr; 111. Vortrag, 11.15 Uhr; 112. Vortrag, 11.15 Uhr; 113. Vortrag, 11.15 Uhr; 114. Vortrag, 11.15 Uhr; 115. Vortrag, 11.15 Uhr; 116. Vortrag, 11.15 Uhr; 117. Vortrag, 11.15 Uhr; 118. Vortrag, 11.15 Uhr; 119. Vortrag, 11.15 Uhr; 120. Vortrag, 11.15 Uhr; 121. Vortrag, 11.15 Uhr; 122. Vortrag, 11.15 Uhr; 123. Vortrag, 11.15 Uhr; 124. Vortrag, 11.15 Uhr; 125. Vortrag, 11.15 Uhr; 126. Vortrag, 11.15 Uhr; 127. Vortrag, 11.15 Uhr; 128. Vortrag, 11.15 Uhr; 129. Vortrag, 11.15 Uhr; 130. Vortrag, 11.15 Uhr; 131. Vortrag, 11.15 Uhr; 132. Vortrag, 11.15 Uhr; 133. Vortrag, 11.15 Uhr; 134. Vortrag, 11.15 Uhr; 135. Vortrag, 11.15 Uhr; 136. Vortrag, 11.15 Uhr; 137. Vortrag, 11.15 Uhr; 138. Vortrag, 11.15 Uhr; 139. Vortrag, 11.15 Uhr; 140. Vortrag, 11.15 Uhr; 141. Vortrag, 11.15 Uhr; 142. Vortrag, 11.15 Uhr; 143. Vortrag, 11.15 Uhr; 144. Vortrag, 11.15 Uhr; 145. Vortrag, 11.15 Uhr; 146. Vortrag, 11.15 Uhr; 147. Vortrag, 11.15 Uhr; 148. Vortrag, 11.15 Uhr; 149. Vortrag, 11.15 Uhr; 150. Vortrag, 11.15 Uhr; 151. Vortrag, 11.15 Uhr; 152. Vortrag, 11.15 Uhr; 153. Vortrag, 11.15 Uhr; 154. Vortrag, 11.15 Uhr; 155. Vortrag, 11.15 Uhr; 156. Vortrag, 11.15 Uhr; 157. Vortrag, 11.15 Uhr; 158. Vortrag, 11.15 Uhr; 159. Vortrag, 11.15 Uhr; 160. Vortrag, 11.15 Uhr; 161. Vortrag, 11.15 Uhr; 162. Vortrag, 11.15 Uhr; 163. Vortrag, 11.15 Uhr; 164. Vortrag, 11.15 Uhr; 165. Vortrag, 11.15 Uhr; 166. Vortrag, 11.15 Uhr; 167. Vortrag, 11.15 Uhr; 168. Vortrag, 11.15 Uhr; 169. Vortrag, 11.15 Uhr; 170. Vortrag, 11.15 Uhr; 171. Vortrag, 11.15 Uhr; 172. Vortrag, 11.15 Uhr; 173. Vortrag, 11.15 Uhr; 174. Vortrag, 11.15 Uhr; 175. Vortrag, 11.15 Uhr; 176. Vortrag, 11.15 Uhr; 177. Vortrag, 11.15 Uhr; 178. Vortrag, 11.15 Uhr; 179. Vortrag, 11.15 Uhr; 180. Vortrag, 11.15 Uhr; 181. Vortrag, 11.15 Uhr; 182. Vortrag, 11.15 Uhr; 183. Vortrag, 11.15 Uhr; 184. Vortrag, 11.15 Uhr; 185. Vortrag, 11.15 Uhr; 186. Vortrag, 11.15 Uhr; 187. Vortrag, 11.15 Uhr; 188. Vortrag, 11.15 Uhr; 189. Vortrag, 11.15 Uhr; 190. Vortrag, 11.15 Uhr; 191. Vortrag, 11.15 Uhr; 192. Vortrag, 11.15 Uhr; 193. Vortrag, 11.15 Uhr; 194. Vortrag, 11.15 Uhr; 195. Vortrag, 11.15 Uhr; 196. Vortrag, 11.15 Uhr; 197. Vortrag, 11.15 Uhr; 198. Vortrag, 11.15 Uhr; 199. Vortrag, 11.15 Uhr; 200. Vortrag, 11.15 Uhr; 201. Vortrag, 11.15 Uhr; 202. Vortrag, 11.15 Uhr; 203. Vortrag, 11.15 Uhr; 204. Vortrag, 11.15 Uhr; 205. Vortrag, 11.15 Uhr; 206. Vortrag, 11.15 Uhr; 207. Vortrag, 11.15 Uhr; 208. Vortrag, 11.15 Uhr; 209. Vortrag, 11.15 Uhr; 210. Vortrag, 11.15 Uhr; 211. Vortrag, 11.15 Uhr; 212. Vortrag, 11.15 Uhr; 213. Vortrag, 11.15 Uhr; 214. Vortrag, 11.15 Uhr; 215. Vortrag, 11.15 Uhr; 216. Vortrag, 11.15 Uhr; 217. Vortrag, 11.15 Uhr; 218. Vortrag, 11.15 Uhr; 219. Vortrag, 11.15 Uhr; 220. Vortrag, 11.15 Uhr; 221. Vortrag, 11.15 Uhr; 222. Vortrag, 11.15 Uhr; 223. Vortrag, 11.15 Uhr; 224. Vortrag, 11.15 Uhr; 225. Vortrag, 11.15 Uhr; 226. Vortrag, 11.15 Uhr; 227. Vortrag, 11.15 Uhr; 228. Vortrag, 11.15 Uhr; 229. Vortrag, 11.15 Uhr; 230. Vortrag, 11.15 Uhr; 231. Vortrag, 11.15 Uhr; 232. Vortrag, 11.15 Uhr; 233. Vortrag, 11.15 Uhr; 234. Vortrag, 11.15 Uhr; 235. Vortrag, 11.15 Uhr; 236. Vortrag, 11.15 Uhr; 237. Vortrag, 11.15 Uhr; 238. Vortrag, 11.15 Uhr; 239. Vortrag, 11.15 Uhr; 240. Vortrag, 11.15 Uhr; 241. Vortrag, 11.15 Uhr; 242. Vortrag, 11.15 Uhr; 243. Vortrag, 11.15 Uhr; 244. Vortrag, 11.15 Uhr; 245. Vortrag, 11.15 Uhr; 246. Vortrag, 11.15 Uhr; 247. Vortrag, 11.15 Uhr; 248. Vortrag, 11.15 Uhr; 249. Vortrag, 11.15 Uhr; 250. Vortrag, 11.15 Uhr; 251. Vortrag, 11.15 Uhr; 252. Vortrag, 11.15 Uhr; 253. Vortrag, 11.15 Uhr; 254. Vortrag, 11.15 Uhr; 255. Vortrag, 11.15 Uhr; 256. Vortrag, 11.15 Uhr; 257. Vortrag, 11.15 Uhr; 258. Vortrag, 11.15 Uhr; 259. Vortrag, 11.15 Uhr; 260. Vortrag, 11.15 Uhr; 261. Vortrag, 11.15 Uhr; 262. Vortrag, 11.15 Uhr; 263. Vortrag, 11.15 Uhr; 264. Vortrag, 11.15 Uhr; 265. Vortrag, 11.15 Uhr; 266. Vortrag, 11.15 Uhr; 267. Vortrag, 11.15 Uhr; 268. Vortrag, 11.15 Uhr; 269. Vortrag, 11.15 Uhr; 270. Vortrag, 11.15 Uhr; 271. Vortrag, 11.15 Uhr; 272. Vortrag, 11.15 Uhr; 273. Vortrag, 11.15 Uhr; 274. Vortrag, 11.15 Uhr; 275. Vortrag, 11.15 Uhr; 276. Vortrag, 11.15 Uhr; 277. Vortrag, 11.15 Uhr; 278. Vortrag, 11.15 Uhr; 279. Vortrag, 11.15 Uhr; 280. Vortrag, 11.15 Uhr; 281. Vortrag, 11.15 Uhr; 282. Vortrag, 11.15 Uhr; 283. Vortrag, 11.15 Uhr; 284. Vortrag, 11.15 Uhr; 285. Vortrag, 11.15 Uhr; 286. Vortrag, 11.15 Uhr; 287. Vortrag, 11.15 Uhr; 288. Vortrag, 11.15 Uhr; 289. Vortrag, 11.15 Uhr; 290. Vortrag, 11.15 Uhr; 291. Vortrag, 11.15 Uhr; 292. Vortrag, 11.15 Uhr; 293. Vortrag, 11.15 Uhr; 294. Vortrag, 11.15 Uhr; 295. Vortrag, 11.15 Uhr; 296. Vortrag, 11.15 Uhr; 297. Vortrag, 11.15 Uhr; 298. Vortrag, 11.15 Uhr; 299. Vortrag, 11.15 Uhr; 300. Vortrag, 11.15 Uhr; 301. Vortrag, 11.15 Uhr; 302. Vortrag, 11.15 Uhr; 303. Vortrag, 11.15 Uhr; 304. Vortrag, 11.15 Uhr; 305. Vortrag, 11.15 Uhr; 306. Vortrag, 11.15 Uhr; 307. Vortrag, 11.15 Uhr; 308. Vortrag, 11.15 Uhr; 309. Vortrag, 11.15 Uhr; 310. Vortrag, 11.15 Uhr; 311. Vortrag, 11.15 Uhr; 312. Vortrag, 11.15 Uhr; 313. Vortrag, 11.15 Uhr; 314. Vortrag, 11.15 Uhr; 315. Vortrag, 11.15 Uhr; 316. Vortrag, 11.15 Uhr; 317. Vortrag, 11.15 Uhr; 318. Vortrag, 11.15 Uhr; 319. Vortrag, 11.15 Uhr; 320. Vortrag, 11.15 Uhr; 321. Vortrag, 11.15 Uhr; 322. Vortrag, 11.15 Uhr; 323. Vortrag, 11.15 Uhr; 324. Vortrag, 11.15 Uhr; 325. Vortrag, 11.15 Uhr; 326. Vortrag, 11.15 Uhr; 327. Vortrag, 11.15 Uhr; 328. Vortrag, 11.15 Uhr; 329. Vortrag, 11.15 Uhr; 330. Vortrag, 11.15 Uhr; 331. Vortrag, 11.15 Uhr; 332. Vortrag, 11.15 Uhr; 333. Vortrag, 11.15 Uhr; 334. Vortrag, 11.15 Uhr; 335. Vortrag, 11.15 Uhr; 336. Vortrag, 11.15 Uhr; 337. Vortrag, 11.15 Uhr; 338. Vortrag, 11.15 Uhr; 339. Vortrag, 11.15 Uhr; 340. Vortrag, 11.15 Uhr; 341. Vortrag, 11.15 Uhr; 342. Vortrag, 11.15 Uhr; 343. Vortrag, 11.15 Uhr; 344. Vortrag, 11.15 Uhr; 345. Vortrag, 11.15 Uhr; 346. Vortrag, 11.15 Uhr; 347. Vortrag, 11.15 Uhr; 348. Vortrag, 11.15 Uhr; 349. Vortrag, 11.15 Uhr; 350. Vortrag, 11.15 Uhr; 351. Vortrag, 11.15 Uhr; 352. Vortrag, 11.15 Uhr; 353. Vortrag, 11.15 Uhr; 354. Vortrag, 11.15 Uhr; 355. Vortrag, 11.15 Uhr; 356. Vortrag, 11.15 Uhr; 357. Vortrag, 11.15 Uhr; 358. Vortrag, 11.15 Uhr; 359. Vortrag, 11.15 Uhr; 360. Vortrag, 11.15 Uhr; 361. Vortrag, 11.15 Uhr; 362. Vortrag, 11.15 Uhr; 363. Vortrag, 11.15 Uhr; 364. Vortrag, 11.15 Uhr; 365. Vortrag, 11.15 Uhr; 366. Vortrag, 11.15 Uhr; 367. Vortrag, 11.15 Uhr; 368. Vortrag, 11.15 Uhr; 369. Vortrag, 11.15 Uhr; 370. Vortrag, 11.15 Uhr; 371. Vortrag, 11.15 Uhr; 372. Vortrag, 11.15 Uhr; 373. Vortrag, 11.15 Uhr; 374. Vortrag, 11.15 Uhr; 375. Vortrag, 11.15 Uhr; 376. Vortrag, 11.15 Uhr; 377. Vortrag, 11.15 Uhr; 378. Vortrag, 11.15 Uhr; 379. Vortrag, 11.15 Uhr; 380. Vortrag, 11.15 Uhr; 381. Vortrag, 11.15 Uhr; 382. Vortrag, 11.15 Uhr; 383. Vortrag, 11.15 Uhr; 384. Vortrag, 11.15 Uhr; 385. Vortrag, 11.15 Uhr; 386. Vortrag, 11.15 Uhr; 387. Vortrag, 11.15 Uhr; 388. Vortrag, 11.15 Uhr; 389. Vortrag, 11.15 Uhr; 390. Vortrag, 11.15 Uhr;